

## Nein zur Abschaffung der Grundbuchabgaben

Alle Kantone kennen eine Grundbuchabgabe und/oder eine Handänderungssteuer. Im Kanton Aargau beträgt diese 4 Promille des Liegenschaftswertes. Das heisst, bei einem Kaufvolumen von 500'000Fr. wird eine Abgabe von 2'000Fr. fällig. Eine „Wohnsteuer“ für Mieter oder Hauseigentümer wie die Befürworter uns in ihren Inseraten vorgaukeln, gibt es weder auf kantonaler noch auf eidgenössischer Ebene. Aufgrund zunehmender Ertragsausfälle und absehbarer Mehraufwände haben sich seit geraumer Zeit die finanzpolitischen Perspektiven in unserem Kanton verschlechtert. Ein Sparprogramm jagt das andere. Schmerzliche Verzichtserklärungen und einschneidende Kürzungsmassnahmen im Bildungs- und Sicherheitsbereich aber auch bei Infrastruktur und Öffentlichem Verkehr deuten auf die fehlenden finanziellen Mittel hin. Und mitten in diese Konjunkturlage, mit dem nach wie vor starken Franken, der schwächelnden Wirtschaft, der anhaltenden negativen Teuerung und sinkenden Steuererträgen, will die SVP, die FDP und die CVP ein Steuergeschenk an all jene verteilen, welche sich mit dem Handel von Bauland und Immobilien beschäftigen. Wenn es einen falschen Zeitpunkt für Steuergeschenke an ein paar wenige gibt, dann es ist es der jetzige. Aus grundsätzlichen und finanziellen Erwägungen finde ich es richtig, dass Grundstücks- und Hauskäufer mittels Grundbuchabgabe einen kleinen Beitrag in unsere Staatskasse einzahlen, welcher ihnen nicht wehtut. Zudem weiss ich nicht, woher wir die 33 Millionen Franken, die so jährlich entfallen, hernehmen sollen. Auch ohne diesen Ausfall müssen wir künftig mit weiteren einschneidenden Spar- und Leistungsabbaumassnahmen rechnen. Wir können uns dieses Geschenk daher schlicht weg gar nicht leisten. Es wäre mir ein Graus, müsste dieser Ausfall dann mit Einsparungen in der Bildung ausgeglichen werden. Daher sage ich, wie übrigens auch der Regierungsrat, Nein zur Abschaffung der Grundbuchabgaben.

*Roland Agustoni, GLP- Grossrat, Rheinfelden*